Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3294. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 15. [50. Jahrgang.] Mittwoch den 18. Januar 1911. [50. Jahrgang.] Nr. 15.

Für die Monate **Februar** und **März** werden bei allen Reichspostanstalten Abonnements auf die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zum Preise von

2 Mark 67 Pfg.

entgegengenommen; außerdem in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32 und bei sämtlichen Zeitungsspediteuren.

Berlin, den 17. Januar.

Nach vierzig Jahren.

Am morgigen Tage sieht das deutsche Volk auf vier Jahrzehnte nationaler Einheit zurück. Es gedenkt dankbar und stolz jener großen Zeit, die in blutigem Kampf und ruhmvollem Sieg das Deutsche Reich geschaffen hat. Die Gründung des Reichs war ein Abschluß und ein Anfang. Sie hat alle Hoffnungen erfüllt und neue begründet.

Deshalb ist der morgige Tag ein Tag der Erinnerung an Vergangenes, ein Tag der Prüfung des Gegenwärtigen, an dem die Ernte mit der Saat verglichen, die Erfüllungen von heute an den Hoffnungen von damals gemessen werden müssen. Die Entwicklung eines Volkes ist Kampf und abermals Kampf, die Wirklichkeit hat keine letzten Lösungen, und ihre Blütenträume reifen nie zu Ende. Auch die Völker finden nur im Weiterschreiten ihr Glück.

Nach eigenem Gefühl und Urteil mag jeder sich heute im einzelnen die Frage beantworten, ob die Entwicklung des Reichs, die politische, kulturelle und wirtschaftliche Stellung, die das deutsche Volk in den letzten vier Jahrzehnten erreicht hat, die Hoffnungen jener Generation erfüllt, erreicht oder übertroffen hat. Wer in berechtigter oder unberechtigter Unzufriedenheit mit irgendeiner Teilerscheinung den klaren und objektiven Blick für das Ganze nicht verloren hat, wird zugestehen müssen, daß noch nie ein Volk in so kurzer Spanne Zeit auf allen Gebieten so weit und energisch fortgeschritten ist, wie das deutsche. Diese Tatsache kann niemand leugnen, der Augen hat, das wachsende Volk bei der Arbeit zu sehen. Und doch ist sicherlich noch nie während einer Periode solcher Entwicklung so viel von dem Pessimismus, der weite Schichten des Volkes ergriffen haben soll, von Verärgerung über eine unerträgliche Reaktion die Rede gewesen.

Diese Erscheinung ist zum Teil Mangel an Sinn für das Ganze und Mögliche, zum Teil Ausfluß einer dogmatischen Auffassung von dem Inhalt des Fortschritts, die mit dem Leben der Nation nichts zu tun hat. Wo sie weder das eine noch das andere ist, wird man auch in ihr eine Folge des freien Strebens zu sehen haben, das alle Teile des Volkes ergriffen hat, alle Stände treibt, sich emporzudringen, Geltung und Einfluß zu erlangen. Mißhin ist auch sie letzten Endes ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche. Freilich nur so lange, als die Kämpfe der vormärtsstrebenden Teile vor den Interessen des Ganzen verstummen.

Es ist verständlich, daß in einer Zeit, in der die vitalen Interessen des Ganzen gesichert erscheinen, die Kämpfe und Interessengegensätze der Teile in den Vordergrund treten und das einende Interesse vorübergehend zu überwuchern scheinen. Gerade in den Aeußerungen dieser Ueberwucherungen in dem Schauspiel von Zerrissenheit und unfruchtbarem Hader, das die heutige parteipolitische Lage bietet, liegt die reale Ursache jener Unzufriedenheit. Die Nation empfindet, daß auch der deutschen Gegenwart, wenn auch in verändertter Form, jene Tendenz der Sonderbildung nahe liegt, die die Tragik der deutschen Vergangenheit war, daß auch die Gegenwart des gemeinsamen Idealismus jener Zeit bedarf, deren wir heute gedenken.

Wenn der Deutsche, der am morgigen Tage die Gegenwart überblickt, mit Stolz auf die Entwicklung der Nation sehen kann, so darf doch dies Gefühl des Stolzes nicht dazu führen, daß die Nation in selbstgefälliger Zufriedenheit sich mit dem Erreichten bescheide. Wir verlangen von den Unzufriedenen nicht Zufriedenheit. Beide, Zufriedenheit und Unzufriedenheit, sind unproduktiv. Zwischen beiden liegt das Leben mit seiner Hoffnung, seiner Arbeit und seiner Forderung rastlosen Mühens um das Wohl der gegenwärtigen wie der kommenden Deutschen.

Rundschau im Auslande.

Zur Lage in Portugal.

Lissabon, 16. Januar. Der Eisenbahntunnel von Chella ist durch die Explosion einer Bombe beschädigt worden. Die Züge der Lissaboner Gürtelbahn müssen infolgedessen umgeleitet werden.

Lissabon, 17. Januar. Eine Abordnung der Ausständigen hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten. Wie die Verwaltung bekannt gibt, hat sich der Gasvorrat infolge Ausdesserung der durch Sabotage beschädigten Gaserzeugungsöfen und Anwerbung von Gasarbeitern aus der Provinz vergrößert.

Spanien und Portugal.

Paris, 17. Januar. Aus Madrid wird gemeldet: Gegenüber einer amtlichen Erklärung, daß die Regierung keinesmegs ein Einschreiten in Portugal ins Auge gefaßt habe, wie ernst auch die gegenwärtige Lage dort sei, hält die Zeitung A. B. C. aufrecht, daß im nächsten Ministerrat nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Canalejas die Frage der Intervention Spaniens in Portugal erörtert werden solle. Das Blatt fügt hinzu, daß England einer solchen Intervention Spaniens gegenwärtig nicht geneigt sei, und behauptet, daß zwischen zwei Großmächten eine alte Abmachung für den Fall bestehe, daß in Portugal Unruhen ausbrechen. — In einer Versammlung in Alicante forderte der Führer der Radikalen Lerroux die Republikaner auf, sich mit allen Mitteln einem Einschreiten Spaniens in Portugal zu widersetzen, da dies die künftige Einheit des iberischen Vaterlandes hindere.

Paris, 17. Januar. Der Madrider Sonderberichterstatter des Matin meldet: Ministerpräsident Canalejas erklärte gegenüber Gerüchten von Absichten Spaniens bezüglich Portugals folgendes: Portugal ist ein unabhängiges Land, das sich diejenigen Einrichtungen gab, die es wünschte. Unsere Haltung darf nur die sein, seine Unabhängigkeit zu achten und im Falle von Ansestörungen unseren Grenzen Achtung zu verschaffen.

Aus Spanien.

Madrid, 16. Januar. Der König, Ministerpräsident Canalejas, der Kriegsminister und der Marineminister sind heute vormittag aus Melilla hierher zurückgekehrt.

Ministerpräsident Canalejas erklärte einem Berichterstatter in Bezug auf die Meldung eines Blattes von neuen Operationen im Rifgebiet nachdrücklich, daß die Regierung nichts derartiges plane und sich lediglich darauf beschränken werde, die Algeciras-Akte zur Anwendung zu bringen.

Barcelona, 16. Januar. Das Entladen der Schiffe im Hafen erfolgt ohne Störung; es herrscht Ruhe.

Perpignan, 17. Januar. Wie aus Barcelona telegraphiert wird, ist die Lage im Hafen unverändert. Sämtliche Dock-, Kohlen- und anderen Arbeiter befinden sich im Ausstande. In einer gestern abgehaltenen Versammlung beschlossen die Ausständigen die Fortsetzung des Streiks. Ein Franzose, der einen Wagen begleitete, wurde von einem Streikenden schwer verletzt.

Aus der Parteibewegung in Oesterreich.

Wien, 16. Januar. Die Deutschradikale Vereinigung des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, bei der morgigen Sitzung des Nationalverbandes die Forderung zu stellen, daß das künftige Verhältnis der deutsch-freiheitlichen Parteien zur Regierung der geänderten Sachlage und der durch die Kräfteverschiebung eingetretenen Entfremdung Rechnung zu tragen habe. Jedenfalls behalte sich die deutschradikale Vereinigung der Regierung gegenüber vollständig freie Hand vor.

In der heutigen Obmännerkonferenz sprachen sich mehrere Redner für den Vorschlag des Präsidenten aus, die Debatte über die morgige Regierungserklärung mit der ersten Lesung des Budgets zu vereinigen. Die Vertreter der Tschechen, der Deutschradikalen, der Christlichsozialen und der Südslawen erklärten namens ihrer Klubs, daß diese sich ihre Stellungnahme vorbehielten. Präsident Pattai sowie Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth betonten die Notwendigkeit einer rechtzeitigen Erledigung der Bankvorlage und bezeichneten eine baldige Regelung der Frage der italienischen Rechtsfakultät als dringend wünschenswert.

Die Bewegung unter den englischen Dock- und Werftarbeitern.

London, 16. Januar. Ben Tillett, der Sekretär der Dock- und Werftarbeiter Großbritanniens, sagte in einem Interview, es werde zweifellos zu einem Ausstand kommen, man müsse jedoch nicht denken, daß die Krönungsfeier gerade wegen der Krönung gewählt worden sei. Es sei reiner Zufall, daß die Krönung in die für den Ausstand vorgesehene Zeit falle. Der Ausstand sei unter den gegenwärtigen Umständen unvermeidlich. Die Pläne müßten geheim gehalten werden, aber der Ausstand werde, wenn er stattfinde, innerhalb von 24 Stunden in den britischen, deutschen und amerikanischen Häfen begonnen werden. Die Leute würden unter den obwaltenden Bedingungen zum Ausstand getrieben.

Kleinere politische Nachrichten.

Die **Bergarbeiter** des Bezirks Lüttich beschlossen am Montag die Fortsetzung des Ausstandes, da einige Grubenbesitzer die Annahme ihrer Bedingungen verweigern. Die Einigungsverhandlungen dauern fort. — Aus Konstantinopel wird gemeldet: Infolge von Nachrichten aus dem **Yemen**, über die auf der Pforte Stillschweigen beobachtet wird, die aber die Lage als sehr ernst bezeichnen sollen, hat die Regierung beschlossen, zwanzig Reditabataillone dorthin zu entsenden.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 16. Januar. Deputiertenkammer. Im weiteren Verlaufe der Vormittagssitzung, in der die allgemeine Beratung des Budgets des Auswärtigen fortgesetzt wurde, ging Thalamas auf die politische Lage im Orient und in Asien ein.

Er ersuchte den Minister, die Versicherung abzugeben, daß Frankreich in Asien eine Politik verfolge, die von dem Wunsche beseelt sei, niemandem zu folgen, und von dem Entschluß, mit Höflichkeit und Festigkeit die französischen Interessen zu verteidigen.

Minister Pichon erinnerte an seine Erklärungen über die Lage im Orient. Frankreich habe mit Japan ein Uebereinkommen geschlossen, welches wesentlich zum Zustandekommen des russisch-japanischen Uebereinkommens beigetragen habe. Der Minister teilte die von dem Vorredner ausgesprochene Ansicht, daß Frankreich Gründe besitze, befriedet sein müßten. Frankreich habe sie beseitigt, den Stoff für politische Streitigkeiten, die sich zwischen den verschiedenen Ländern erheben könnten, zu beseitigen. Dieselbe Politik habe Frankreich in Persien befolgt, wo das englisch-russische Uebereinkommen niemals einen anderen Zweck gehabt habe, als die Entwicklung Persiens; ebenso sei es in Bezug auf die Türkei. Der Minister bemerkte noch, er habe sich gegenüber der Erhebung der orientalischen Völker nicht teilnahmlos verhalten. Frankreich habe die Umwälzungen in der Türkei und in Persien zuerst begrüßt. Der Minister wies dann unter anderem auch den von Jaurès in der vorhergehenden Sitzung erhobenen Vorwurf zurück, daß er sich bei englisch-russischen Konventionen angeschlossen habe, deren Zweck nach Jaurès die Teilung Persiens gewesen sei. Pichon erklärte: Niemals hat dies Abkommen in unserer Auffassung und auch ganz sicher ebensowenig in der Auffassung der kontrahierenden Mächte dieses Ziel verfolgt. Das Abkommen hat im Gegenteil dem Antagonismus ein Ende gemacht, der zu einer Teilung hätte führen können. Diese Konvention ist eine der glücklichsten, die seit langen Jahren abgeschlossen worden ist. Sie sehen wohl ein, wie viele Schwierigkeiten entstanden wären, wenn es im Augenblick der Krisis, die sich aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina ergab, in der persischen Frage zu Verwicklungen gekommen wäre. Was die Türkei betrifft, fügte der Minister hinzu, so strengen wir uns an, politische Verwicklungen dadurch zu vermeiden, daß wir die Lösung der Fragen anstreben, die uns auf dem ökonomischen Gebiet trennen könnten, da auf diesem eine Verständigung leichter ist."

Maurice Colin verbreitete sich über die gegenwärtigen Bedingungen des Seekrieges.

Pichon erwiderte, es sei eine Besprechung zwischen den verschiedenen Mächten im Gange; man hoffe, den Seekrieg menschlicher und gerechter zu gestalten; übrigens sei ein großer Fortschritt durch die Haager Konferenz ins Leben getreten, indem man einen internationalen Prisengerichtshof geschaffen habe.

Emile Constant sprach über die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die ungarische Anleihe, die Entrevue in Potsdam und die Tage auf Kreta und fragte an, ob die Aussichten der Regierung über die Emission der für den Bau der Bagdadbahn erforderlichen Kapitalien dieselben seien wie im vorigen Jahre.

Minister Pichon antwortete, die französische Regierung werde nur dann ihre Zustimmung zu einer Beteiligung des französischen Kapitals an diesem Unternehmen geben, wenn die diesseitigen Bedingungen, die die meistbegünstigte Land erhalte. Der Minister bemerkte, keine fremde Macht habe das Recht, Eisenbahnkonzessionen in der Türkei zu vergeben, es stehe einzig und allein der Türkei zu, Konzessionen zu bewilligen. Man habe ihn kürzlich nach der Tragweite der Potsdamer Begegnung befragt, und ob es sich dabei um Persien gehandelt habe; von Mesopotamien war keine Rede. Persien sei ein Land, von dessen Existenz wir überzeugt seien, und wir hätten keine Veranlassung, uns mit Persien zu beschäftigen, von denen die eine Linie nach der türkischen Grenze gehen solle. Das sei so gewesen, und es sei natürlich, daß im Verlauf dieser Besprechung und, ohne daß England-Frankreich davon hätte unterrichten müssen, die Erörterung sich auch auf einen etwaigen Anschluß, wenn es zum Bau käme, erstreckt habe, und daß Deutschland die Forderung gestellt habe, daß man ihm bezüglich dieses Anschlusses seine Schwierigkeiten mache. Warum solle Frankreich in dieser Angelegenheit opponieren?

Auf eine Anfrage des Deputierten Charles Benoist, warum Pichon einem deutschen Hause die Veröffentlichung der Dokumente über die dem Kriege von 1870/71 vorausgehenden Verhandlungen überlassen habe, erwiderte dieser: Ich habe mich in der Budgetkommission darüber ausgesprochen. (Zuruf Berteaux': Niemals! Lebhafte Bewegung.) Pichon hielt daran fest, daß er Erklärungen abgegeben habe. Deschanel bemerkte, der Minister habe sich nicht genügend erklärt. (Bewegung.) Emile Constant brachte darauf einen Antrag ein, in dem die Umstände der Veröffentlichung bedauert werden.

Nunmehr erklärte Ministerpräsident Briand unter Stellung der Vertrauensfrage, daß die Regierung den Antrag Debierle ablehne. Briand und Pichon bemerkten jedoch, es sei bedauerlich, daß die Dienststellen des Ministeriums vor der Veröffentlichung keine genaueren Erkundigungen eine gezogen hätten. Uebrigens sei der Herausgeber, so fügte Pichon hinzu, kein Deutscher, sondern naturalisierter Franzose. Sodann wurde mit 346 gegen 157 Stimmen eine einfache Tagesordnung angenommen, der die Regierung zustimmte. Die Generaldiskussion wurde hierauf geschlossen und die Sitzung aufgehoben.

Am Nachmittag setzte die Deputiertenkammer die Erörterung des Budgets des Ministeriums des Aeußern fort. Jaurès und mehrere seiner Freunde brachten einen Antrag ein, in welchem die Regierung aufgefordert wird, der Anregung der Regierung der Vereinigten Staaten, mit allen Ländern allgemeine Schiedsgerichtsverträge zu schließen, Folge zu geben.

Minister Pichon erwiderte, er könne diesem Antrag nicht zustimmen, da er gegenwärtig eine allgemeine schiedsgerichtliche Entscheidung von Fragen, die Frankreichs Lebensinteressen oder seine nationale Würde berühren, nicht annehmen könne. (Beifall.) Die französische Regierung habe in der Frage der Schiedsgerichte die Führung; er erinnere an die Abkommen, welche auf die letzte Haager Friedenskonferenz gefolgt seien, und an denen sich Deutschland, Oesterreich-Ungarn und die Schweiz nicht beteiligt hätten. Uebrigens habe die Regierung der Vereinigten Staaten nur mit England einen Schiedsgerichtsvertrag vorgelegen. Der amerikanische Senat habe indessen die Gefahr erkannt, die darin liege, sich übereilt in dieser Richtung festzulegen. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß die französische Regierung gegen Schiedsgerichtsverträge sei; der Umstand, daß Frankreich im Begriff stehe, einen solchen mit Dänemark abzuschließen, beweise gerade das Gegenteil.

Jaurès betonte in seiner Erwiderung, es genüge nicht, daß eine Nation stark sei, sie müsse auch tätigen Anteil an dem Kampfe für ein höheres Ideal der Gerechtigkeit nehmen. Schließlich verlangte er, daß sein Antrag der Kommission für auswärtige Angelegenheiten überwiesen werde.

Pichon stimmte sodann unter Aufrechterhaltung seiner vorgebrachten Bedenken dieser Ueberweisung zu.

Die Kammer ging dann über zur Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ergänzungskredite für die militärischen Operationen in Marokko im Jahre 1910.

Im Verlaufe der Debatte führte Jaurès aus: Ich will die Debatte über Marokko nicht wieder eröffnen, aber ich frage den Minister des Aeußern und den Kriegsminister, wie lange noch ihrer Voraussicht nach unsere Besetzung dauern soll? (Bewegung.) Sie haben immer dem Lande und der Kammer erklärt, daß diese Besetzung nur provisorisch sein könne. So muß sie in der Tat sein kraft der internationalen Verträge, die nicht allein die Unabhängigkeit, sondern auch die Integrität Marokkos garantieren, und mit Rücksicht darauf, daß man die politischen und finanziellen Schwierigkeiten, die zwischen dem Sultan und Frankreich vorhanden waren, mit dem Sultan geregelt hat. Was also könnte der Zweck einer verlängerten Okkupation sein, die im Gegenteil schwere Nachteile mit sich bringen würde? Zunächst würde sie gewissen Führern, die mehr von Abenteuerlust als Disziplin erfüllt sind, die Versuchung bieten, den von der Regierung bestimmten Wirkungskreis zu überschreiten und bis in das Herz Marokkos zu dringen, wie dies letzthin General Moinier getan habe. Dann hätte die Besetzung noch einen zweiten Nachteil. Jede militärische Kraftanstrengung, die Frankreich in Marokko unternehme, zieht eine ihr entsprechende oder noch bedeutendere militärische Maßnahme seitens der spanischen Regierung nach sich. Sicherlich besteht Freundschaft zwischen den beiden Regierungen und den beiden Völkern, und niemand freut sich mehr darüber, als ich, aber die besten Freundschaften leiden gewissen Proben nicht unterworfen werden. Je mehr wir auf eine ständige Besetzung des Schauzugebietes hinarbeiten würden, desto mehr würde sich die spanische Regierung verpflichtet fühlen, die militärische Besetzung der eigenen Sphäre zu verstärken. Es ist ein eigentümliches Paradoxon, daß die französische Besetzung sich an der Küste ausbehnt, die der Grenze Algeriens abgelegen ist, während in der Nachbarschaft der Provinz Oran die militärische Politik Spaniens sich entwickelt und befestigt. Für die Zukunft sind da Anlässe zu Schwierigkeiten möglich, und die Klugheit sollte uns gebieten, unsere Besetzung Marokkos sowohl räumlich wie zeitlich einzuschränken. Sie haben dem Sultan die Mittel gegeben, das Land zu beherrschen und zu verwalten; wann werden Sie es für gut befinden, daß er die Verantwortung dafür tragen soll? Er weiß wohl, daß im Falle der geringsten Verletzung von Personen oder Eigentum Sie unverzüglich einschreiten würden. Ohne Gefahr können Sie ihm dahin bedeuten, daß auf der friedlichen Entwicklung seines Reiches keine Ordnung mehr lastet. (Beifall auf der äußersten Linken.) Ich glaube, man könnte ohne Gefahr im Interesse des Friedens und im Interesse Marokkos der Okkupation ein Ziel setzen. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Minister Pichon erklärte: Ich habe ebensowenig wie Jaurès die Absicht, die politische Debatte über Marokko wieder zu eröffnen. Was den Zeitpunkt betrifft, in welchem wir in der Lage sein werden, Marokko vollständig zu räumen, erkläre ich rund heraus, daß ich diesen Zeitpunkt nicht kenne. Die genauste Antwort, die gegeben werden könnte, befindet sich in dem im Parlamente verteilten Gelbbuche, das die mit Mulay Hafid abgeschlossenen Abkommen enthält. Was die Schauja betrifft, so hängt das Ende unserer Besetzung von der Errichtung einer marokkanischen Polizeigewalt ab, die genügt, um die Sicherheit der Personen und des Eigentums zu schützen, und die unter den Befehl einer französischen Mission gestellt ist. Für die Räumung von Casablanca ist wieder eine andere Genugtuung notwendig, die sich auf die Bezahlung unserer Kosten bezieht. (Jaurès: Sie haben die Hand auf die Einnahmen des Sultans gelegt, welche andere Garantien wollen Sie denn noch?) Wir haben nicht die Hand auf diese Einnahmen gelegt, wir haben die Erhebung seiner Einnahmen geregelt und die größtmögliche Ordnung in ihre Verteilung gebracht. Im zweiten Abkommen haben wir eine fortschreitende Verringerung unserer Truppen vorgesehen, entsprechend der Verwehrung der Polizei des Maghsen. Wenn diese Abkommen verwirklicht sein werden, werden wir dann gelangen, an die Stelle der französischen Truppen marokkanische Gum zu setzen. Bis dahin entspricht das von der Kammer erbetene finanzielle Opfer dem, was unsere Interessen und unsere nationale Würde fordern. Ich bin überzeugt, daß wir in Marokko ein französisches Werk verrichten, das wir auf keinen Fall im Stiche lassen dürfen, soll es nicht verloren sein. (Beifall.)

Darauf nahm die Kammer mit 484 gegen 88 Stimmen die Ergänzungskredite in Höhe von 8 855 970 Frank und schließlich auch die letzten Kapitel des Budgets des Aeußeren an.

Hof- und Personalnachrichten.

* Se. Majestät der Kaiser nahm gestern vormittag im hiesigen Königlichen Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen. Am Abend folgte Se. Majestät einer Einladung des bayerischen Gesandten Grafen Lerchenfeld-Köfering zum Diner.

Heute morgen fuhr Se. Majestät der Kaiser beim Reichskanzler und beim Staatssekretär des Auswärtigen Amts vor.

* Se. Majestät der Kaiser, als Souverän und Oberhaupt des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler, hat beschlossen, Mittwoch, den 18. Januar, mit den anwesenden kapitelsfähigen Rittern im Königlichen Schlosse zu Berlin die feierliche Investitur des Reichskanzlers und Präsidenten des Staatsministeriums Dr. von Bethmann Hollweg und des Generals der Kavallerie und Generaladjutanten v. Deines vorzunehmen und ein Kapitel abzuhalten.

* Der Zeremonienmeister des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler Graf v. Kanitz läßt folgende Anlage ergehen:

Se. Majestät der Kaiser und König haben Allergnädigst beschlossen, Mittwoch, den 18. Januar 1911, im Königlichen Schlosse zu Berlin die kapitelfähigen Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler zur Annahme einiger Mitglieder und zur Abhaltung eines Kapitels um Allerhöchst-Sich zu versammeln.

Auf Allerhöchsten Befehl werden die Obersten Hof-, die Oberhof-, die Vize-Oberhof- und die Hofchargen, die aktiven Generale der Infanterie, Kavallerie und Artillerie, Admirale, Staatsminister und Staatssekretäre, die in aktiven Dienststellungen befindlichen Generaladjutanten, Vizeadmirale und Wirklichen Geheimen Räte, die Generaladjutanten, die Generale und Admirale à la suite und die Flügeladjutanten, sowie die Gefolge Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen hierdurch eingeladen, der ersteren Feierlichkeit (dem Aufnahmeakt) beizuwohnen.

Vorfahrt vom Lustgarten her durch Portal 5 bei der Wendeltreppe.

Die Herren vom großen Vortritt nehmen im Rittersaale rechts vom Thron Aufstellung, daran anschließend die Generale, Admirale, Staatsminister, Staatssekretäre, Generalleutnants, Vizeadmirale und Wirklichen Geheimen Räte.

Der Generaladjutanten, die Generale und Admirale à la suite und die Flügeladjutanten, sowie die Gefolge Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen begeben sich durch den Schweizersaal nach der Roten (krap d'or-) Kammer und verweilen daselbst so lange, bis die dem Zuge nach den Rittersaale folgen können. Dort treten nur der diensttuende Generaladjutant und die beiden Flügeladjutanten vom Dienst an die Fensterseite links vom Throne, während alle anderen Gefolge rechts vom Throne an der Wandseite unter dem silbernen Chor Aufstellung nehmen.

Nach Beendigung des Aufnahmeakts und nachdem Se. Majestät der Kaiser und König, begleitet von den anwesenden kapitelfähigen Rittern des Hohen Ordens, den Rittersaal verlassen haben, erwarten daselbst von den zurückgebliebenen Zuschauern der Investitursfeier nur die diensttuenden die Rückkunft Sr. Majestät des Kaisers und Königs und Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen.

Der Anzug ist für die Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler in Gala, für die Herren vom Zivil mit weißen Unterkleidern (Kniehosen, Schuhe und Strümpfe). Der Ordensmantel wird über der Militär- oder Zivilgalauniform, die Ordenskette, welche die kapitelfähigen Ritter mitbringen wollen, über dem Mantel angelegt. Die neu aufgenommenen Ritter erscheinen mit dem Bande des Ordens.

Für die Ordensbeamten ist der Anzug ebenfalls in Gala mit weißen Unterkleidern.

Von den Rittern und Ordensbeamten werden nur Königlich preußische, nicht aber fremde Orden getragen.

Die dem Aufnahmeakte beiwohnenden Herren vom Zivil erscheinen in Gala mit Ordensband und langem Beinkleid von der Farbe der Uniform, die Herren vom Militär im Paradeanzuge, die Generale und Offiziere der Fußtruppen mit langem Beinkleid.

Die Zeit der Einladung ist für die Höchsten Herrschaften um 11¼ Uhr, für die anderen Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler und für die dem Aufnahmeakt beiwohnenden Personen um 11 Uhr Vormittags.

Die Ankunft ist für die Höchsten Herrschaften, sowie für die anderen Ritter des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler ebenfalls durch Portal Nummer 5 bei der Wendeltreppe.

Die Abfahrt ist allgemein bei der Wendeltreppe.

* Nachdem Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz die Sehenswürdigkeiten des alten Delhi sowie die durch ruhmvolle Erinnerungen aus dem Jahre 1857 gemachten Stätten unter sachkundiger Führung durchwandert hat, wird er heute mit dem Gouverneur der United Provinces einen für etwa eine Woche berechneten Ausflug in das Innere dieses interessanten Teiles Indiens unternehmen. Bei der Schwierigkeit der Unterbringung abseits der großen Heerstraße wird der Kronprinz auf dieser Tour nur von zwei Herren seines Gefolges begleitet sein.

* Prinz Friedrich Karl von Hessen, der gestern morgen 7 Uhr 40 Minuten von Darmstadt kommend, auf dem hiesigen Anhalter Bahnhof eingetroffen war und sich nach dem Königlichen Schloß begeben hatte, ist 8 Uhr 25 Minuten Abends vom Anhalter Bahnhof nach Dessau weitergereist.

* In den Redoutensälen der Wiener Hofburg fand gestern abend ein Hofball statt, den Kaiser und König Franz Joseph besuchte. Das blühende Aussehen des Kaisers, der dem Balle bis zum Schluß beiwohnte, bestätigte erfreulicherweise die letzten Mitteilungen über seine völlige Wiederherstellung.

* Se. Königliche Hoheit der Prinz-Regent Luitpold von Bayern hat den Staatssekretären Delbrück und von Kiderlen-Waechter das Großkreuz des Verdienstordens vom heiligen Michael, den Staatssekretären Wermuth und Lisco die erste Klasse des gleichen Ordens verliehen.

Deutsches Reich.

* Die sozialdemokratische Münchener Post verbreitet die Nachricht, daß eine von Dr. P. Rocke im Auftrage des Vereins deutscher Salinen verfaßte Denkschrift: „Ein Vorschlag zur Regelung der Salzgewinnung und des Salzhandels im Deutschen Reiche", in der die Monopolisierung des Salzhandels durch das Reich vorgeschlagen wird, von der „Deutschen Bundesregierung" in Auftrag gegeben sei. Diese Annahme ist vollkommen unzutreffend. Die verbündeten Regierungen wie auch die Reichsfinanzverwaltung stehen dem Vorschlag des Dr. Rocke völlig fern.

* Nach den Veröffentlichungen im Ministerialblatte für Medizinalangelegenheiten sind im preußischen Staate in der Zeit vom 4. Dezember bis zum